Mit dem IS verhandeln?

Neue Lösungen für Syrien und den Terrorismus

Bearbeitet von
Thomas Carl Schwoerer

1. Auflage 2016. Buch. 112 S. Hardcover
ISBN 978 3 86881 652 5
Format (B x L): 13,1 x 19,2 cm
Gewicht: 201 g

[Weitere Fachgebiete > Medien, Kommunikation, Politik > Regierungspolitik > Terrorismus, Religiöser Fundamentalismus](#)

Zu [Inhaltsverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Thomas Carl Schwoerer

MIT DEM IS VERHANDELN?

Neue Lösungen für Syrien und den Terrorismus

REDLINE | VERLAG

© des Titels »Mit dem IS verhandeln?« von Thomas Carl Schwoerer (ISBN 978-3-86881-652-5)
2016 by Redline Verlag, Münchner Verlagsgruppe GmbH, München
Nähere Informationen unter: <http://www.redline-verlag.de>

VORWORT: VERHANDELN STATT SCHIESSEN!

Der Krieg in Syrien hat in fünf Jahren mehr als 470 000 Tote gefordert.¹ Fast vier Millionen Syrer haben keine andere Überlebenschance mehr gesehen, als ihre Heimat zu verlassen. Diese Menschen suchen auch hierzulande Zuflucht – der Syrienkrieg ist schon längst zu einem Thema geworden, das uns Deutsche ganz konkret angeht. Er ist außerdem der Nährboden des Islamischen Staats, fortan IS genannt, und damit eine Ursache des Terrorismus, der auch uns in Europa bedroht und betrifft.

Was muss geschehen, damit der Krieg in der dortigen Region endlich aufhört? Die Lage ist extrem unübersichtlich. Neben Russland und den USA sind es noch mehrere weitere Mächte, die in den Krieg eingreifen und ihn anheizen – etwa wenn die Türkei ein russisches Flugzeug abschießt oder Saudi-Arabien einen schiitischen Geistlichen hinrichtet.

Das militärische Eingreifen in diesen Konflikt, wie es bislang geschehen ist und von vielen gefordert wird, ist eine Sackgasse. Eine Beendigung des Syrienkrieges und des Terrorismus mit Waffengewalt kann es nicht geben. Eigentlich besteht darüber mittlerweile ein Konsens, der vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen bis zum Führer der syrischen Kurden reicht. Dieser Konsens ist die Lehre aus den Desastern in Libyen, Afghanistan, dem Irak und dem bisherigen Verlauf des Syrienkrieges sowie der Geschichte des Terrorismus. Ich schreibe »eigentlich«, denn trotz allem gehen die Bombardements auch des Westens und Russlands auf den IS weiter.

Der Ruf vieler Wähler nach einem harten Vorgehen gegen den IS mit Waffengewalt ist menschlich nachvollziehbar. Die Terroranschläge von Paris und Brüssel haben uns Europäern gezeigt, dass auch wir angreifbar sind, und viele Menschen reagieren mit dem Wunsch nach Vergeltung und Abschottung. Eine Politik der Härte und Gnadenlosigkeit wird uns aber nicht stärken, sie schwächt uns vielmehr. Gewalt mit Gegengewalt zu beantworten, wird nicht zum Ende des Blutvergießens führen, sondern zu einer Spirale des Tötens. Auch wenn, wie etwa bei der Rückeroberung Palmyras, durchaus militärische Erfolge im Kampf gegen den IS zu verzeichnen sind: Sie werden weder ihn noch seinen Rückhalt in einem Teil der Bevölkerung auslöschen und die grundsätzlichen Probleme, die zu seinem Entstehen geführt haben, nicht lösen. Die Bedrohung wird bleiben.

Unsere demokratischen Werte verteidigen wir am besten, indem wir realistische, nichtmilitärische Lösungen (einschließlich polizeilicher Maßnahmen) umsetzen. Man muss sich politische Alternativen vorstellen können, um den Wunsch zu entwickeln, dorthin aufzubrechen. Daher will ich mich für zwei diplomatische Ansätze starkmachen, um dem Morden und der Zerstörung Einhalt zu gebieten: Verhandlungen unter Ausschluss des IS, die eine politische Lösung des Syrienkriegs herbeiführen, oder Verhandlungen auch mit dem IS. Den ersten, im Folgenden dargestellten Ansatz vertritt beispielsweise der UN-Korrespondent der Tageszeitung *taz* Andreas Zumach, wie ich Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen.

EINE POLITISCHE LÖSUNG DES SYRIENKRIEGES

Im Prinzip sind alle in den Syrienkrieg involvierten Mächte an einer politischen Lösung interessiert: Die EU und die Türkei möchten diese Quelle des Flüchtlingszustroms zum Versiegen bringen. Russland führt zwar Bombardements durch, aber nicht, weil es tatsächlich an eine militärische Lösung glaubt, sondern um seine Position als Großmacht und Vermittler im Nahostkonflikt sowie die seines Verbündeten Baschar al-Assad am Verhandlungstisch zu stärken. Russland möchte außerdem seine einzige Marinebasis am Mittelmeer, in Tartus, und den im Sommer 2015 errichteten Luftwaffenstützpunkt nahe Latakia behalten. Gleichzeitig ist auch den russischen Diplomaten bewusst, dass die Assad-Regierung keine Chance hat, den Krieg zu gewinnen. Wenn Russland seinen Einfluss in Syrien nicht verlieren und das Land als Verbündeten behalten will, muss es sich für andere Optionen einsetzen.

Entsprechend hat Russland schon 2012 den USA vorgeschlagen, eine Übergangslösung für eine syrische Regierung ohne Assad zu finden. Das haben die USA und andere westliche sowie arabische Länder damals in der Hoffnung, dass die syrischen Oppositionsmilizen den Krieg gewinnen, abgelehnt.² Die EU und auch Deutschland haben diese Gelegenheit zur Beendigung des Krieges sträflich ungenutzt gelassen. Viel Leid und Elend hätten vermieden werden können. Stattdessen war dieses Versäumnis ein weiterer Auslöser für die späteren Flüchtlingsbewegungen – nicht zuletzt deshalb sollten die Bundesregierung und die anderen EU-Staaten dafür Verantwortung übernehmen.

Mittlerweile haben sich die USA und ihre Verbündeten von der Hoffnung, die Oppositionsmilizen könnten einen Durchbruch erzielen, verabschiedet. Das liegt auch daran, dass es ihnen nicht im geplanten Maße gelungen ist, syrische Rebellen militärisch auszubilden, und sie selbst nicht bereit sind, Bodentruppen zu schicken. Auch die USA sind also mittlerweile an einer politischen Lösung interessiert.

Die Friedensgespräche gestalten sich dennoch sehr schwierig. Drei Verhandlungsrunden sind Ende 2015 und in der ersten Jahreshälfte 2016 gescheitert, und die Diplomaten stehen vor großen Problemen.

»Kurdischer Herbst« oder »kurdischer Frühling«?

So verhindert die Türkei (die die größte kurdische Bevölkerungsgruppe beheimatet, lange Grenzen mit den kurdisch besiedelten Regionen in Syrien und im Irak teilt und historisch eng mit ihnen verwoben ist), dass die syrischen Kurden mit am Verhandlungstisch sitzen. Um das durchzusetzen, erpresst die Türkei die EU. Diese ist auf die Türkei zur Abwehr der Flüchtlingsbewegungen angewiesen und muss folglich Zugeständnisse machen. Entsprechend haben die EU, aber auch die USA dem UN-Sondervermittler Staffan de Mistura bedeutet, er müsse die bereits angereisten syrischen Kurden wieder von den Verhandlungen ausladen – was dieser auch tat.

Dabei tragen die kurdischen Volksschutzeinheiten (YPG) in Verteidigung ihres halbautonomen, Rojava genannten Gebietes (im März 2016 als Autonome Region Nordsyrien ausgerufen) die Hauptlast der Kämpfe mit dem IS und haben mit militärischer Unterstützung der USA 80 Prozent der Gebietsverluste des IS im Jahr 2015 verursacht. Dazu zählte die Befreiung Kobanês in Zusammenarbeit mit kämpfenden Einheiten der in der Türkei verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). YPG und PKK haben also weit mehr zur Zurückdrängung des IS und zur Rettung der Bevölkerungsgruppe der Jesiden beigetragen als die nordirakischen kurdischen Peschmerga-Kämpfer, die deutsche Waffen und Militärausbildung erhalten. Befehligt werden die Peschmerga von der autono-

men nordirakischen Kurdenregierung – mit der die Türkei verbündet ist.

Die Türkei verübelt den syrischen Kurdenmilizen YPG die Zusammenarbeit mit der PKK, die auch auf der Terrorliste Deutschlands und der USA steht. Während die Türkei die YPG als Terroristen einstuft und militärisch bekämpft, sieht die US-Regierung diese seit der Befreiung Kobanês als unverzichtbaren Partner im Krieg gegen den IS.³

Um einen zusammenhängenden kurdischen Landkorridor an der türkischen Grenze zu verhindern, arbeitet die Türkei sogar mit dem IS zusammen – sowohl auf syrischem Territorium als auch beim Bürgerkrieg in der Türkei.⁴

Dort brach Mitte 2015 der Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan die eigentlich aussichtsreichen Verhandlungen mit der PKK, die mit einem Zehn-Punkte-Plan abgeschlossen werden sollten, ab.⁵

Der jüngere militärische Erfolg der PKK mit der YPG mobilisiert die türkischen Kurden, die selbstbewusster gegenüber Ankara auftreten. Die PKK fordert die Anerkennung der kurdischen Identität in der Verfassung und der kurdischen Sprache als Unterrichtssprache sowie regionale Autonomie für kurdisch dominierte Gebiete der Türkei.

Die auch vom zurückgetretenen türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu geforderte Rückkehr an den Ver-

handlungstisch ist für Kurden und Türken der einzige Weg, der blutigen Spirale von Gewalt und Gegengewalt zu entrinnen und dafür zu sorgen, dass in diesem »Palästinenserkonflikt des 21. Jahrhunderts« nach dem »kurdischen Herbst« wieder ein »kurdischer Frühling« kommt. Die Wiederaufnahme dieser Verhandlungen wäre auch für eine politische Lösung des Syrienkrieges wichtig.

In Syrien wird ein Stellvertreterkrieg geführt

Doch nicht nur das Verhältnis zwischen der Türkei und den Kurden erschwert den diplomatischen Friedensprozess. Auch andere Mächte sind nicht eindeutig interessiert an der diplomatischen Beendigung dieses Krieges. Am wenigsten ausgeprägt, neben der Türkei, ist das Friedensinteresse im Iran und in Saudi-Arabien. Beide Staaten ringen miteinander um die regionale Vorherrschaft und führen deshalb einen Stellvertreterkrieg in Syrien, den sie auch durch Waffenlieferungen anheizen. Ihr Gegensatz ist außerdem ideologisch-religiös verschärft durch die innerislamische Spaltung in Schiiten (im Iran) und Wahhabiten (in Saudi-Arabien). Letztere sind eine extreme Spielart der Sunniten.

Es gibt demnach massive Interessen in beiden Ländern, am Krieg festzuhalten, zugleich jedoch starke Lager, die für eine Verhandlungslösung eintreten, weil sie sich davon eine Entlastung versprechen: Im Iran will man sich dem Wiederaufbau

des Landes zuwenden, das durch die verheerenden langjährigen ökonomischen Sanktionen in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Saudi-Arabien, dessen Mittel zunehmend knapp werden, hätte dann freie Hand, den anderen Stellvertreterkrieg in der Region – im Jemen – zu gewinnen oder eine andere vorteilhafte Lösung dafür zu finden. Dessen Führung gestaltet sich überraschend schwierig und hat bereits schwere Machtkämpfe in der Hauptstadt Riad ausgelöst.

Eine Verhandlungslösung liegt also auch mit diesen Protagonisten im Bereich des Möglichen, und die Bundesregierung sollte sich mit ganzer Kraft für sie einsetzen. Doch um wirklich erfolgreich verhandeln zu können und den Krieg zu beenden, müssten einige Voraussetzungen geschaffen werden, und zwar auch von der Bundesregierung.

Als Erstes sollte Deutschland sein Verhältnis zur Türkei korrigieren. Bisher wurde die türkische Syrien- und Kurdenpolitik stets unterstützt, von der Stationierung der Patriot-Raketen 2013 bis zum Schutzzonenkonzept heute.⁶ Da die Türkei einen Störfaktor bei den Verhandlungen darstellt, ist diese Unterstützung schädlich.

Rüstungsexporte einstellen!

Deutschland sollte zweitens endlich seine Rüstungsexporte einstellen. Unser Land liefert Waffen an Saudi-Arabien, das islamistische Gruppen auch in Syrien finanziell und militä-

risch unterstützt. Jüngst wurden sogar Leopard-Kampfpanzer und Panzerhaubitzen an Katar verkauft. Es ist davon auszugehen, dass das Emirat diese neuen Waffen im Krieg im Jemen an der Seite seines Verbündeten Saudi-Arabien einsetzen wird.

Waffen an Kriegsparteien zu liefern, ist wie Öl ins Feuer zu gießen. Sie verlängern den Krieg nur und geraten unweigerlich über kurz oder lang in die falschen Hände. Die Waffen des IS beispielsweise stammen größtenteils aus den USA sowie aus Russland und wurden der irakischen beziehungsweise syrischen Armee gestohlen. Der IS tötet aber auch mit deutschen Waffen: Zu der von ihm eroberten Ausrüstung gehören HOT-Panzerabwehrraketen der heutigen Airbus-Gruppe, die an die syrische Regierung geliefert wurden, sowie G3- und G36-Sturmgewehre von Heckler & Koch, um nur zwei Beispiele zu nennen. Laut Amnesty International sind diese Waffen »ein Lehrbeispiel dafür, wie rücksichtsloser Waffenhandel Gräueltaten im großen Stil befördert«⁷.

Sturmgewehre und Pistolen, die Deutschland an die Peschmerga-Kämpfer lieferte, sind bereits auf Waffenbasaren weiterverkauft worden und könnten bei Islamisten etwa in Mali, Nigeria oder beim IS landen. Die Versuchung, die Waffen zu verkaufen, ist groß, denn die Peschmerga bekommen nur Teile ihres Soldes ausgezahlt. Die nordirakischen Staatsbediensteten erhielten teilweise sogar gar kein Gehalt, was wiederum mit den schwindenden Einnahmen der Kurdenregierung aus Ölverkäufen zusammenhängt.